

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Joh. Noss, Haasenlein & Vogler A. G.
G. L. Daube & Co., Invalidenbank.

Berantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 840

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 30. November.

1893

Inserate, die schlagspaltene Zeitseite oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., auf bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erstausgabe für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 29. November, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte
Präsident v. Lebeckow: Das Haus war gestern schmerzlich
berührt und tief entrüstet über den Versuch eines Attentats auf den
Herrn Reichskanzler. Heute ist die Kunde hinzugekommen, daß ein
ähnlicher verbrecherischer Versuch auf Se. Majestät den Kaiser unter-
nommen worden ist. Ich glaube, ich spreche in Ihrer aller Namen,
wenn ich erkläre, daß das Haus nicht nur diesen Verlust auf das
schmerzlichste bedauert, sondern auch in allerhöchstem Grade darüber
entrüstet ist, (Beifall) und daß es Gott dankt dafür, daß dieser Ver-
such weitere üble Folgen für Kaiser und Reich nicht gehabt hat.
(Beifall.)

Der Antrag Auer auf Einstellung des gegen den Abg. Bueb
(S.-D.) schwedenden Strafverfahrens wird angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Etatsberathung.

Abg. Möller (nl.): Als ich gestern den Abg. Richter hörte, glaubte ich mich verhört zu haben, weil ich von einem so berüchteten Kenner des Staats eine solche Beweisführung nicht vermutete. Die Begründung des Abg. Richter, daß neue Steuern nicht notwendig seien, weil ja schon allein in Preußen das Weniger an Ueberweisungen durch ein Mehr an Einnahmen aufgewogen werde, ist eine irrtümliche, denn man kann von dem augenblicklichen Ueberschuss nicht auf einen dauernden zukünftigen schließen. Entgegen dem Abg. Richter sind wir auch der Meinung, daß es mit der jetzigen Schuldentwicklung nicht so weiter gehen kann, sondern daß mit der Amortisation begonnen werden muß. Mit dem Abg. Krieken stimme ich darin überein, daß zu prüfen sein wird, ob die Dienstalterzulagen nicht auch auf die Postbeamten auszuwehnen sind. Mit Unrecht ist die Kolonialpolitik der Regierung angegriffen worden. Es wird sogar noch erheblicher Verstärkungen bedürfen, um die Ruhe und Sicherheit in Ost- und Südwestafrika herzustellen. Keine neue Unternehmung kann ohne Aufwendung erheblicher Mittel gedeihen, und am allerwertigsten eine Kolonialpolitik. Beim Militäretat fallen die vielen Neuforderungen für Kasernenbauten auf. Man wird prüfen müssen, ob jede dieser Forderungen eine Notwendigkeit ist. Ferner wird die Frage einer einfacheren Uniformierung erwogen werden müssen. Was den Hannoverschen Spielerprozeß betrifft, so ist das, was in Hannover geschehen ist, bedauerlich, und es ist noch keineswegs alles dort zu Tage getreten, was an Uebständen in der Armee vorhanden ist. Wir wünschen, daß gegen die Schulden energisch eingegangen wird. Aber darin stimme ich dem Kriegsminister zu, daß man die verführten jungen Leute nicht allzuhart zu beurtheilen hat. Aber es hat sich nicht nur um Verführte gehandelt, sondern an manchen Stellen um Offiziere, die den Verführern sehr nahe standen. Offiziere sind nach einem anderen Orte zum Spielen gereist, weil man ihnen gefragt hat, dort ist ein reicher Mann, dem Geld abgenommen werden kann. Durch Strengere kann sehr viel erreicht werden. Ich bin überzeugt, daß unser Offizierkorps sich nicht verschlechtern, sondern fortgesetzt verbessern wird. Nach wie vor fordern wir eine Reform des Militärstrafprozesses, und zwar in erster Reihe das mündliche öffentliche Verfahren. Im Martineat hat sich die Verwaltung eine Zurückhaltung auferlegt, wie seit 8 Jahren nicht. Wir würden klüger handeln, wenn wir in diesem Jahre von der großen Finanzreform Abstand nähmen und zunächst nur auf die Deckung der durch die neue Heeresorganisation entstandenen Kosten Bedacht nehmen. Ohne neue Steuern kommen wir freilich nicht aus. Über die Tabakfabrikatsteuer bin ich noch sehr zweifelhaft. Die Tabakindustrie hat sich bei uns in einer Weise entwickelt wie in keinem andern Lande. Belasten wir sie mit einer neuen Steuer, so tritt eine Verminderung des Konsums und der Fabrikation ein. Wir werden in der Kommission die Frage prüfen müssen, ob die Regierung oder die Tabakinteressenten mit ihren Behauptungen Recht haben. Sollte sich wirklich eine Schädigung der Industrie ergeben, so würde ich nicht zu denjenigen gehören, die auf die Brücke der Tabakfabrikatsteuer treten. Das schlägt nicht aus, daß eine große Anzahl meiner Freunde entgegengesetzter Stimmung ist. Bei der Weinsteuer sind die Belästigungen zu berücksichtigen, die nicht im Verhältnis zum Ertrage stehen. Auch auf die Quittungssteuer sollte man nur im Falle höchster Noth eingehen, diese Zeit ist aber noch nicht gekommen. Dagegen könnten aus dem Lotteriestempel rubig noch mehr Einnahmen gewonnen werden. Unter meinen Freunden ist eine große Anzahl, die andere Steuern für weit besser halten als die vorgeschlagenen. Viele meiner Freunde stehen einer Reichs-Erbchaftssteuer sympathisch gegenüber. Ein Theil ist auch für die Wehrsteuer. Man hat die Frage der Zugangssteuern agitatorisch ausgetragen, auch ich würde dafür sein, wenn sie nicht faktisch so wenig einbrächten. Jedenfalls müssen wir alle diese Projekte in ernstliche Erwägung ziehen.

Abg. Haußmann (Bv.): In der Thronrede wird uns mitgetheilt, daß unsere Freundschaft mit den auswärtigen Staaten fortduert. Aber die Spannung, welche auf den wirtschaftlichen Verhältnissen Europas lastet, hat sich nicht vermindert. Das zeigen die Vorgänge in Italien. Bedauerlich ist es, daß die „National-Zeitung“ neuerlich gegen Italien gedroht hat, daß es aus dem Dreiebene ausscheiden müsse, wenn es seine Heeresmacht aus Finanznot vermindere. Deutschland müßte nach meiner Meinung vielmehr all seinen finanziellen Einfluß zu Gunsten seiner Verbündeten aufwenden, und es hätte auch den neutrinen Angriff Frankreichs auf die italienische Rente partnen müssen. Aber es war dazu außer Stande angesichts seiner eigenen wirtschaftlichen Schwäche in Folge der Militärvorlage. Auch international zeigt sich also die Militärvorlage als Ausfluss kurzfristiger und keineswegs staatsmännischer Politik. Bezüglich der Kolonialpolitik konstatiere ich, daß eine vollständige Ernüchterung gegenüber der früheren Begeisterung eingetreten ist. Bis heute war die Regierung noch nicht in der Lage, ein festes Programm aufzustellen, und wir sind einem fortwährenden Wechsel unterworfen. Der selbe Reichskanzler, der sich über den unter dem Gouverneur Soden ausgewiesenen Korrespondenten Wolf lustig machte, empfängt denselben

jetzt in Audienz. Es liegt in der Absicht der Regierung, auch das weite Hinterland unserer Kolonien militärisch zu besetzen, das ist ein Wechsel auf hunderte von Millionen, und diese Frage wird darum in der Kommission eingehend geprüft werden müssen. Auch die Reichslandpolitik der Regierung erregt Bedenken. Warum hat die Regierung zuerst den Polizeipräsidienten Seeliger so warm vertheidigt, während sie ihn später hat fallen lassen? In der Thronrede war von der warmen Aufnahme des Kaisers auf seinen Reisen die Rede. Das bezieht sich auch auf Elsaß-Lothringen. Wenn die Bewohner Elsaß-Lothringens den Kaiser mit so viel Sympathie begrüßt haben, so ist um so weniger Grund vorhanden, ihnen einen Theil der Rechte, den alle anderen Deutschen genießen, zu entziehen. So lange das noch geschieht, ist an eine Aufführung nicht zu denken. Die Ansicht der Thronrede, daß die begeisterte Aufnahme des Kaisers auf seinen Reisen eine Zustimmung zur Militärvorlage bedeute, ist für Württemberg, in dem zwei Drittel der Stimmen gegen die Militärvorlage abgegeben wurden, falsch. Es ist überhaupt unzweckmäßig, Reisen des Kaisers zu einzelnen Regierungssachen in Beziehung zu bringen. Sonst lämen die politischen Parteien dazu, zu jeder Reise des Kaisers politische Stellung zu nehmen. Wenn Sie einen echten und wahren Volksjubel hören wollen, dann mögen Sie uns die Reformen gewähren, die wir in militärischer Hinsicht schon seit langer Zeit verlangen, besonders die Reform des Militärstrafprozesses. Im vorigen Jahr hat uns der Reichskanzler eine Reform versprochen, aber wir haben sie nicht bekommen. Vielleicht steht das an dem neuen Kriegsminister. Von einem solchen Kriegsminister kann man keine Reform verlangen, der gegenüber dem Hannoverschen Spielerprozeß meinte, diejenigen gehörten auf die Anlagebank, die diesen Prozeß ausbeuten. So ist noch niemals ein Kriegsminister hier aufgetreten. Es wird kein freundliches Verhältnis zwischen dem Volke und der Kriegsverwaltung entstehen, solange eine Kritik von schweren Mißständen in dieser Art zurückgewiesen wird. Auch mit den bisherigen Grundsätzen der Rentenförderung der Offiziere muß aufgeräumt werden. Die Thronrede enthält kein Wort von Rentenreformen, wie z. B. von der endlichen Einführung der Entschädigung unschuldig Verurteilten. Der Kernpunkt der ganzen Situation sind die neuen Militärssteuer, wie ich sie nennen möchte. Es langt förmlich elegisch, als der Finanzminister von trauriger Notwendigkeit der neuen Steuern sprach. Für diese sind in erster Linie verantwortlich diejenigen, die sich der Militärvorlage gebeugt haben. Von reformatorischen Ideen ist in den Steuerentwürfen keine Rede. Die Weinsteuer würde die Landwirtschaft aufs härteste treffen. Es ist in der That ein Bruch mit dem Grundsatz des Reichskanzlers, die Landwirtschaft nicht treffen zu wollen, wenn man das Land, das von Weinbau sich besonders nährt, einen Winterstand, der sich in so außerordentlicher Notlage befindet, wie bei uns, so exorbitant belastet. Allerdings scheint sie ja schon aufgegeben zu sein von der Regierung, denn der Finanzminister meinte ja, da wir eine Brannweinsteuer haben, so hätte man auch die „Frage einer Weinsteuer“ dem Reichstage vorlegen müssen. Die Tabaksteuer ist so beschaffen, als ob man es darauf abgehen hätte, von vornherein das Monopol einzuführen. Man richtet damit eine kleine und mittlere Industrie zu Grunde, die schon gegenwärtig sehr zu kämpfen hat. Wenn in eine Industrie, die so viel Hände beschäftigt, derartig eingegriffen wird, dann ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter zu der sozialistischen Forderung des Rechts auf Arbeit kommen. Über die Quittungssteuer meinte der Schatzkassier, wer baar zahlt, braucht keine Quittung. (Herr Richter meinte, wer nicht baar zahlt, braucht keine Quittung. (Herr Richter und Zustimmung links.) Dieser Vorschlag zeigt, daß die Regierung keinen Einblick in die Verhältnisse des kleinen Mannes hat. Gestern meinte Herr v. Frege, daß die Konservativen eine Partei des Mittelstandes seien; das ist nicht richtig, sie haben im Gegenteil Alles gethan, um den Mittelstand zu schwächen und nichts, um ihn zu stärken. Die Brannweinsteuer hat dem Mittelstand die tiefsten Wunden geschlagen, so daß ganze Gegenden verarmt sind. Und nun geht man dazu über, ein gleiches Unglück herauszubeschwören durch die Quittungs- und Frachtempelsteuer, die doch im Großen und Ganzen der Mittelstand zahlt. Man wird Ihnen (rechts) nicht glauben, daß Sie eine Partei des Mittelstandes sind, so lange Sie die Vertretung des Mittelstandes nur im Munde führen und solche Gesetze nicht bekämpfen. Vor 20 Jahren hat man in Preußen den Quittungsstempel als lästig und verkehrsschädlich abgeschafft; kann man nun ein schlimmeres Attest der Reichsentwicklung aussstellen, als daß jetzt das Reich diesen Stempel einführen will? Der große Finanzplan geht davon aus, wir brauchen Geld für Militärausgaben, und da wir einmal an der Arbeit sind, so schaffen wir auch Steuern auf Borrath. Über die Anerkennung des förderativen Prinzips und auch über die Verbeugung, die der Finanzminister in dieser Hinsicht gemacht hat, wird man sich in Süddeutschland aufrecht freuen. Denn man hat dort noch nicht sein Wort von 1866 vergessen, daß Frankfurt a. M. nicht die Grenze, sondern die Coblenzerlinie sei, von der aus die Reise weitergehen sollte. Es scheint sich also eine erfreuliche Wandlung vollzogen zu haben. Bleibt verstädt ich auf die 40 Millionen für die Einzelstaaten, denn die 40 Millionen sind nur ein Danaergeschenk. Der Vergleich der Matrikularkarträge mit den Nördmonaten des Mittelalters ist doch sehr schlecht, denn wie kann man das alte Wahlrecht mit dem heutigen Reich vergleichen? Das Sammelergebnis des Finanzministers, das die Aufgabe haben soll, ausgleichend zu wirken, und schließlich zu Amortisationen dienen soll, würde einen verwirrenden Faktor in das Reichsfinanzwesen bringen. Man braucht dann gar nicht mehr den Reichstag zu fragen, sondern man kann parate Mittel, die eine große Verhüllung bilden, benutzen, bald diese, bald jene Ausgaben zu machen. In Württemberg haben wir mit dem Institut der Reichsverwaltung schlechte Erfahrungen gemacht. In demselben Augenblick, wo wir Schwaben, von denen man sagt, daß sie erst in 40 Jahren klug werden, daran gehen, das Institut zu beseitigen, weil es sich nicht bewährt hat (Hört, hört! links), geht das Reich dazu über, einen Schwabenstreit zu begehen und Reichsverwaltung einzuführen. (Herr Richter.) Wir lehnen jeden Pfennig, der über die Militärokosten hinaus erhoben werden soll, und den großen Finanzplan ab, wir ver-

langen Abstriche im Etat; was noch fehlt, kann durch Aufhebung der Steuerprivilegien aufgebracht werden, und wenn das nicht ausreicht, würden wir lieber auf die Matrikularkarträge zurückgreifen, denn da haben wir die Garantie, daß die Steuern zum großen Theile im Wege der direkten Besteuerung aufgebracht werden, da dabei doch mehr die Wohlhabenden getroffen werden. Das glauben wir den Versprechungen schuldig zu sein, die beim Wahlkampf nicht wir, sondern die Regierungen und unsere Gegner gemacht haben, wir wollen keine Enttäuschung im Lande durch die Nichterfüllung der Zusagen im „Reichsanzeiger“ hervorrufen. Die Regierungen trifft der Tabel, daß sie sich die Dinge nicht vorher überlegt haben. Sie waren verpflichtet, sich den Kopf des preußischen Finanzministers schon im vorigen Jahr zu zerbrechen, um für die Mittel der Deckung zu sorgen. Solche Versprechungen, die nachher nicht erfüllt werden, zu machen, ist nicht staatsmännisch. Das erschüttert das Vertrauen zur Regierung in weiten Kreisen. Die Politik der letzten Jahre hat geradezu trostlose Resultate gezeitigt. Das Parteiwesen Deutschlands ist zerrüttet wie noch nie, die schöpferische Kraft des Parlaments ist zwei Jahre allein durch die Militärvorlage der Regierung absorbiert worden. Wir gewähren es für ein Schauspiel, wenn man die Gegner der Handelsverträge auf der rechten Seite mit Sammehandschuhen ansägt. Das Volk ist verdroßen wie noch niemals, und das Kopfschütteln ist eine nationale Beschwörung geworden. Die Regierungen müssen dasfaßt sorgen, daß sie wieder ein zufriedenes Volk schaffen. (Beifall links.)

Generalleutnant v. Spitz: Der Vorredner hat das Auftreten des Kriegsministers als ein solches bezeichnet, wie es noch nie dagewesen sei. Es ist hier ein schwerer Vorwurf gegen das Offizierkorps erhoben worden, der Vorwurf, daß man zweifelhaft sein könne, ob die Offiziere ihren Aufgaben gewachsen seien. Das preußische und deutsche Offizierkorps hat vor anderen Gerichten gestanden, als vor dem eines Parteimannes. Die Geschichte hat diesem Offizierkorps ein gutes Zeugnis ausgestellt. (Zuruf des Sozialdemokraten: Jena!) Wenn daher der Kriegsminister als Vertreter der Armee eine so unglaubliche Verleidigung zurückwies, dann hat er nur seine Stellung wahrgenommen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Wir sprechen uns noch! Generalleutnant v. Spitz: Der Vorredner hat das Auftreten des Kriegsministers als ein solches bezeichnet, wie es noch nie dagewesen sei. Es ist hier ein schwerer Vorwurf gegen das Offizierkorps erhoben worden, der Vorwurf, daß man zweifelhaft sein könne, ob die Offiziere ihren Aufgaben gewachsen seien. Das preußische und deutsche Offizierkorps hat vor anderen Gerichten gestanden, als vor dem eines Parteimannes. Die Geschichte hat diesem Offizierkorps ein gutes Zeugnis ausgestellt. (Zuruf des Sozialdemokraten: Jena!) Wenn daher der Kriegsminister als Vertreter der Armee eine so unglaubliche Verleidigung zurückwies, dann hat er nur seine Stellung wahrgenommen. (Beifall rechts.)

Widerspruch gegen den Vorwurf, die Regierungen hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Die Regierungen haben bei Gelegenheit der Beratung der Militärvorlage nur erklärt, wenn die von ihnen eingebrachten Steuern genehmigt würden, würden sie keine Tabakfaktionssteuer einführen. Da das nicht geschehen ist, haben wir auf die Tabakfaktionssteuer zurückzutreten müssen. Deshalb darf man uns nicht den Vorwurf der Illwilligkeit machen.

Preußischer Finanzminister Dr. Miquel: Der Vorredner scheint noch nicht genugend klar zu sein darüber, was die Finanzreform eigentlich bedeutet. (Herr Richter rechts.) Er verwechselt das Reformgesetz, welches die Notwendigkeit aus der Welt schaffen will, auf die Finanzen der Einzelstaaten zurückzugreifen, mit dem württembergischen Institut der Reiverwaltung. Das ist vollständig genug, um den Wunsch daran zu knüpfen, daß der Vorredner sich mit diesen Fragen noch eingehender beschäftigt. (Herr Richter rechts.) Wie will der Vorredner seine Ausführung, man kann schließlich auf die Matrikularkarträge zurückgreifen, mit der Geschichte seiner Partei, die stets den Föderalismus vertreten hat, vereinigen? Verschiedene Redner haben anerkannt, daß die Kosten der Militärvorlage gedeckt werden müßten, selbst Herr Bebel, nur der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die Einnahmen als sehr gering und schwach dar, jetzt wo es sich um die Erklärung der Kosten handelt, steht mit einem Male der Vorwurf der Einvernehmen auf. Der Abgeordnete Richter meinte, die bestehenden Einnahmen genügen noch zur Deckung der neuen Ausgaben. Der Abgeordnete Richter ist ja einer der tüchtigsten Mandatarien mit Zahlen. (Herr Richter rechts.) Sein Vorgehen ist in diesem Falle klar. Als die Ausgaben vom Reich gefordert wurden stellte Abgeordneter Richter die E

hixten Einkommens trägt. Aber neben der Vermögenssteuer noch eine Erbschaftssteuer einzuführen, das kann doch nicht ernstlich in Betracht kommen. Gewiss hat der wissenschaftliche Sozialismus in der Kritik sich große Verdienste erworben und hat auch erheblich eingewirkt auf die neuere Richtung der Sozialdemokratie. In der letzten Zeit hat sich aber die Behandlung der sozialen Frage mehr den Einzelsachen zugewandt, und in dieser Richtung vielfach beachtenswertes Material gefestigt, aber eine solche Kombination von Steuern, wie sie der Abg. Bebel hier vorgebracht hat, haben wir noch nicht gehört. Wenn nun der Versuch, die Ausgaben des Reiches durch direkte Steuern zu decken, gegenwärtig unmöglich und undenkbar ist, so bitte ich Sie doch, diese Gedanken definitiv aufzugeben, man mag es beklagen oder nicht, man mag es in den Wahlversammlungen in Aussicht gestellt haben oder nicht. Daher mögen sich auch die Herren, die gern die Ausgaben durch direkte Steuern decken möchten, angesichts der Unmöglichkeit auf den allein praktischen Boden der Regierungsvorschläge stellen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ohne die Politik der Handelsverträge, die die Reichseinkommen und die Landwirtschaft übermäßig geschädigt hat, würden wir heute nicht in der Verlegenheit sein, wie wir die Kosten für die Heeresvorlage aufzubringen sollen. Die Vorschläge des Herrn Bebel machen sich in der Phantasie sehr gut, aber in der Wirklichkeit lassen sie sich doch nicht durchführen. Erfreut war es für mich, aus den Ausführungen des Abg. Bebel zu sehen, daß er ein Schutzbüllner ist. Er klagt auch über Arbeitslosigkeit. Warum gehen die Arbeiter nicht auf das Land, wo Arbeitermangel herrscht? Ich bin von meiner Partei beauftragt, hier folgende Erklärung zu verlesen: "Die Mitglieder der Reichspartei, welche dem Bunde der Landwirthe angehören, haben die Überzeugung, daß, wenn auch der Bunde der Landwirthe zur Zeit Maßnahmen der Regierung zum Gegenstand seiner Kritik zu machen sich verpflichtet hält, die Mitglieder des Bundes der Landwirthe ihre Königstreue nicht besser zu beibehalten glauben, als durch ihre Bemühungen, einen Stand lebensfähig zu erhalten, welcher zu allen Seiten die treueste Stütze der Monarchie gewesen ist und bleiben wird." (Beifall.) Dies zur Antwort auf die offiziösen Angriffe der "Nord. Allg. Blg." gegen den Bunde der Landwirthe. Die Regierung kann sich nicht wundern, wenn es auf solche Angriffe an entsprechenden Antworten nicht fehlt. Gegen die Agitation der Tabakfabrikanten ist doch die des Bundes der Landwirthe das reine Kinderspiel. Jede Agitation ist die Folge des allgemeinen Wahlrechts. Allen Respekt vor dem jehigen Reichskanzler, doch das wird er nicht bestreiten, daß er nicht das Vertrauen im Volke genießt, wie es Fürst Bismarck einst genossen hat. Die Konservativen haben dem Fürsten Bismarck darum so besonders vertraut, weil er die Landwirtschaft, die Blüthe des deutschen Vaterlandes, schützte. Als er das Branntweinsteuergesetz schuf, da kam die Legende von der Liebesgabe auf. Als von freimaurerischer Seite mit dieser Legende immerfort agitiert wurde, da kamen freimaurerische Leute selbst zu mir und sagten, bisher hätten sie geglaubt, Herr Richter meine es redlich mit der Landwirtschaft, aber sie seien von diesem Glauben abgekommen. (Abg. Richter: Das ist selbst eine Legende.) Der Branntwein wurde kontingentiert, und die höhere Steuer für die über das Kontingent hinausgehende Produktion sollte als Strafe wirken. (Hinterfert.) Die Aufhebung der verschiedenen Besteuerung würde eine Verheuerung des Branntweins um 20 Prozent zur Folge haben. Zwei Drittel der Brennereien, nachdem dem deutschen Spiritus der ausländische Markt entzogen worden ist, würde stehen bleiben. Nur durch die verschiedenartige Besteuerung vermochten es die kleineren und mittleren Brennereien, bisher sich zu erhalten. Was die Finanzreform und die Steuerprojekte betrifft, so ist der von der Regierung vorgeschlagene Weg der einzige richtige und durchführbare. Zur Gefundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse halte ich die Regelung der Währungsfrage nach wie vor für das Wichtigste. (Hinterfert.) In die Klage wegen Besteuerung der Checks, die Abg. Richter gestern erhob, kann ich nicht mit einstimmen, denn das Checksystem hat doch auch seine bedeutenden Bedenken. Daß das Finanzgesetz zur Verabschließung gelangt, wünsche ich, denn ich halte eine definitive Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzestaaten für dringend notwendig. (Beifall rechts.)

Ein Beratungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Ritter (Freil. Vereinig.) Wir treten der Privilegiengesellschaft, die der Bunde der Landwirthe zum Schaden des Vaterlandes und zum Schaden der Monarchie treibt, (ohne! rechts) auf das Entschiedenste entgegen. Sie (rechts) sind, um mich eines Bismarckischen Ausdrucks zu bedienen, die Vorfrucht des Antisemitismus. Wir befennen uns nicht zu dem Christenthum, auf das sich der Antisemitismus aufbaut, denn er enthält eine Verleugnung der heiligsten Gefühle des Christenthums. Sie (rechts) müssen mit eiserner Notwendigkeit erleben, daß die antisemitische Bewegung sich richtet gegen Juden und Junker. Abg. v. Kardorff nannte die Liebesgabe ein Märchen. Sind die 20 M. die für die Bereitstellungschein bezahlt werden, reales Gold oder ein Märchen? Für die Meinung, daß die linke Seite des preußischen Abgeordnetenhauses wegen ihrer Ablehnung der Liebesgabe zurückgegangen ist, wird Herr v. Kardorff wenig Anhänger finden. Die Annahme, daß in Folge der Handelsverträge die Einnahme aus Zöllen um 32% Millionen zurückgegangen sind, ist irrig. Ich weiß auch nicht, wie der Finanzminister zu der Berechnung kommt, daß bei der preußischen Einkommensteuer 97 Broz. aller Steuerpflichtigen zu dem Einkommen von 900-8500 M. gehören. Vielleicht giebt der Minister eine Übersicht, wie viel aus einer Reichseinkommensteuer einkommen würde, die bei 6000 M. anfängt. Der Etat 1893/94 kann auf keinen Fall als Handhabe für Beurteilung der jetzigen und künftigen Finanzen gebraucht werden. Wir lassen uns auf große Zukunftspläne und Reformpläne nicht ein, wir bewilligen nur, was augenblicklich zur Deckung der Kosten der Heeresvorlage notwendig ist. Ich will keineswegs der Mitverantwortung für die durch die Militärvorlage notwendig gewordenen Ausgaben ablehnen. Ich bin heute mehr als je die Überzeugung, daß wir mit unserer Zustimmung zur Militärvorlage im Interesse des Vaterlandes und des Friedens gehandelt haben, und wenn ich heute das Votum zu wiederholen hätte, würde ich ebenso stimmen, trotz der auf uns von allen Seiten geschleuderten Angriffe. Abg. Hauffmann findet es verwunderlich, daß wir die Militärvorlage angenommen haben, ohne an die Steuervorlagen zu denken. 1887 waren wir alle, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, bereit, jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen, ohne uns um die Aufbringung der Mittel zu kümmern. Den Etat werden wir genau prüfen müssen, er wird noch manche Abstriche vertragen. Die Marine muß in zweite Linie treten. Nur was zur Verhinderung der Küsten notwendig ist, bemühen wir. Aber wir können nicht eine Flotte schaffen, um große Seekämpfe mit Seemächten zu führen. Mit England können wir uns nicht vergleichen. Die Angelegenheit der Panzerschiffe ist noch nicht abgeschlossen. Sie haben die Probe noch nicht bestanden. Wir bedauern, daß die Regierungen die Frage der Deckungsmittel für die Heeresvorlage mit der Finanzreform verbunden haben. Die Regierungen sind zweifellos durch die Versprechungen bei den Wahlen verpflichtet gewesen, keine Steuer vorzuschlagen, die die ärmeren Klassen belasten. Deshalb müssen diese Steuern am liebsten abgelehnt werden, wir müssen die abgegebenen Versprechungen achten. Was bedeutet diese Finanzreform? Wenn der Minister das System der Matrikularbeiträge in Verbindung mit den Ueberweisungen aufgehoben hätte, so wäre das klare Politik. Ich glaube, daß die Vorbeeren, die der

Minister sich in der preußischen Volksvertretung geholt hat, ihn etwas mutig gemacht haben. Diese Vorbeeren wird er sich hier nicht noch einmal holen. Ich übernehme nicht die Verantwortung dafür, daß wir hier im Vorraus 40 Millionen bewilligen. Am 1. April (Hinterfert) 1889 sagte Herr Miguel selbst, daß man sich nicht der Illusion hingeben dürfe, als ob durch weitere Vermehrung der indirekten Steuern bedeutende Mehreinnahmen geschaffen werden könnten, da die arbeitenden Klassen sich in Roth befinden. (Hört! hört! links.) Heute ist ihre Lage nicht besser geworden. Es ist eine Anstandsplikt der bemittelten Klassen, die Lasten zu tragen, und sie haben sich dieser Pflicht ja auch nicht entzogen. Hat nicht die Berliner Börse zur Zeit des Wahlkampfes um die Militärfrage sich erboten, einen Theil der Kosten zu tragen. Die Wohlhabenden wollen ihre Pflicht erfüllen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Den Gedanken der Reichseinkommensteuer halte ich für durchführbar. Warum wehrt sich Herr Miguel so sehr dagegen? Eine Reichseinkommensteuer sollte ihm nicht gelingen, der doch in Preußen die wunderschön funktionirende Maschine der Einkommensteuer mit der Declaration geschaffen hat? Staatsrechtliche Bedenken bestehen dagegen nicht. Ich bedauere es, daß der Reichskanzler noch nicht die Konsequenz gezogen hat, daß mit der Richtung, welche der Bunde der Landwirthe verfolgt, nicht zu pairen ist. Diese Bewegung hat sich noch dazu jetzt mit der antisemitischen vermaßt, von der ich annehme, daß der Reichskanzler sie verabscheut. (Oho! rechts.) Mit einer Bewegung, die Sonderinteressen vor allgemeine Staatsinteressen setzt, läßt sich nicht pairen. Sie müssen eine volkstümliche Politik zu treiben anfangen. Die Steuervorlagen sind der schwerste politische Fehler, der seit langer Zeit begangen worden ist, und ich hätte den Herrn Miguel ein staatsmännischeres Vorgehen zugetraut. Neue Militär- und Steuerlasten verlangt man von uns, und kann sich nicht einmal zu einer runden Absage an den Bunde der Landwirthe entschließen. Der Bauer hat sich stets alle Lasten aufzupacken lassen, aber der Großgrundbesitzer drückt sich stets von den Steuern. Die Bauern, die mit dem Bunde der Landwirthe gehen, halte ich für verblendet. Möge auch die Regierung sich von dem Bunde der Landwirthe ganz abwenden. Mit ihm schädigen Sie das Vaterland, gegen ihn nützen Sie dem Vaterlande. (Beifall.)

Minister Dr. Miguel: In der preußischen Einkommensteuer liegen 97 Broz. aller Steuerpflichtigen zwischen 900 und 8500 M. Treffen wir diese noch einmal durch die Reichseinkommensteuer, dann ist das allerdings eine unerträgliche Belastung gerade der Minderwohlhabenden. Als die Reichseinkommensteuer berathen wurde, sträubten sich die Mitglieder des Herrenhauses lebhaft dagegen. Darauf sagte ich, verlassen Sie sich nicht darauf, daß es so ist, im Reich mehr indirekte Steuern einzuführen. Habe ich nicht Recht gehabt? (Hinterfert.)

Die Beratung wird hierauf vertagt.

Personlich bemerk

Abg. Bebel (S.-D.) gegenüber dem Abg. Kardorff, daß er, wenn er ihn einen Schutzbüllner nenne, den betreffenden Bassus seiner Rede falsch verstanden habe. Seine Partei sei nicht prinzipieller Gegner der Bölle, sondern sie sei der Ansicht, daß in jedem Falle erwogen werden müsse, ob ein Zoll nötig sei und in welcher Höhe.

Abg. Hauffmann (Rp.): Der Finanzminister hat die väterliche Aufforderung an mich gerichtet, ich solle sein Gesetz studiren; das habe ich gethan, und deshalb habe ich das Finanzgesetz nicht der württembergischen Restverwaltung gleichgestellt, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, es enthalte den Keim und die Gefahr der Entartung und werde ähnliche Missstände hervorrufen, wie wir sie bei dem württembergischen Restfonds gesehen haben. Ich darf nun wohl den Finanzminister bitten, unsere württembergischen Zustände zu studiren, denn ich bin der Ansicht, daß auch in Württemberg ein preußischer Finanzminister noch etwas lernen kann.

Auf eine Anfrage des Abg. Graf Hompeich (Ctr.) erklärt Präsident v. Lebeckow, daß der Besucherantrag nach Beendigung der Staatsberatung zur Verhandlung kommen würde.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, Gesetzentwurf über Gleichstellung der Invaliden aus den Kriegen vor 1870/71 mit denen von 1870/71.)

Schluß 5¹/2 Uhr.

Ein Ministerialerlaß gegen die Sozialdemokraten.

Der "Vorwärts" publiziert einen Runderlaß des Ministers des Innern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, datirt vom 29. Juli d. J. und gerichtet an sämtliche Regierungs-Präsidenten mit Ausnahme von Gumbinnen, Köslin, Stralsund, Bromberg, Aurich, Münster und Sigmaringen. Wir entnehmen dem Erlass folgende Stelle:

In Übereinstimmung mit sonstigen Beobachtungen haben die letzten Reichstagswahlen bewiesen, daß die Sozialdemokratie beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Daraus entsteht unabwischbar die ernste Pflicht, nicht nur die sozialdemokratische Bewegung aufmerksam zu verfolgen, sondern auch unausgesetzt ihrem Umsturzversuch mit allen zulässigen Mitteln zu steuern, und insbesondere die ländliche Bevölkerung vor ihrem Einfluß zu bewahren. Es ist darauf zu halten, daß auf dem Gebiete der Bresse, des Vereins- und Versammlungswesens sowie bei den Hubestörungen und sonstigen Ausschreitungen von den gesetzlichen Befugnissen unverzüglich Gebrauch gemacht und insbesondere auch strafgerichtliches Einschreiten herbeigeführt werde. Reichen zu den Zivil-Behörden zur Verfügung stehenden Kräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit nicht aus, so wird nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften militärische Hilfe in Anspruch zu nehmen oder je nach Umständen um Vereihaltung derselben zu ersuchen sein. Mit den staatlichen Machtmitteln allein läßt sich aber die Sozialdemokratie nicht bekämpfen. Es bedarf des Zusammenwirks und der anbauenden planmäßigen Tätigkeit der Wohlfahrtseinrichtungen aus allen Kreisen der Bevölkerung. Vor allem sind diejenigen Kreise ins Auge zu fassen, welche der sozialdemokratischen Verführung ausgesetzt sind, die wirtschaftlich Schwachen, die Arbeiter aller Gattungen, wie auch die Angestellten im Privaten und öffentlichen Dienste. Die Bildung von Vereinen, die Veranstaltung von Versammlungen, in denen Vorträge gehalten werden, und die entsprechende Benutzung der Presse, wobei die Verbreitung guter Drucktiteln, Flugschriften, Zeitungen, die Errichtung von Volksbibliotheken bei dem immer zunehmenden Lesedürftnis unumgänglich notwendig ist, werden ebenfalls ins Auge zu fassen sein. Ferner ist dahin zu streben, daß der sozialdemokratischen Agitation im persönlichen Verkehre, namentlich in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen von besonders dazu geeigneten Arbeitern entgegen gewirkt werde; überhaupt ist das Ziel zu verfolgen, daß die Beteiligten selbst eine sozialdemokratische Agitation von sich und von den Indern mit Entscheidenhett abwehren, zumal vielfach der Verlust gemacht wird, die weibliche Bevölkerung und die jugendlichen Kreise für die sozialdemokratischen Lehren zu gewinnen. Zur Errichtung dieses Ziels ist erforderlich, daß nicht nur seitens der Behörden gegen sozialdemokratische Anfeindungen aller

möglicher Schutz gewährt werde, sondern auch bei jeder geeigneten Gelegenheit auf die Belebung des Bewußtseins von der Notwendigkeit und Gerechtigkeit der Abwehr und der Zuverlässigkeit ihres Gelings hingewirkt werde. Wenn ferner dafür gesorgt wird, daß in sozialer und religiöser Beziehung der nötige An- und Zusammenhalt nicht fehlt, so wird die Widerstandskraft derart gesteigert werden, daß sie auch den gefährlichsten Einflüssen gegenüber stand halte, welche auf sie namentlich im geschäftlichen und geselligen Verkehr, sei es durch Verlockung oder Herauslösung durch Veripottung oder Androhung, hauptsächlich von sozialdemokratischer Seite ausgeübt werden. Ein Hochwohlgeborener ergebe ich ergeben, die wichtigen Angelegenheiten Ihre volle Aufmerksamkeit und Fürsorge zuzuwenden und die nachgeordneten Behörden, insbesondere die Landräthe, zur thatkräftigen Mitwirkung aufzufordern und in Bezug auf den Stand der sozialdemokratischen Bewegung zu erläutern Halbjahrsberichte sich in einem besonderen Abschnitt über die Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei zu äußern sowie mit weiteren Anregungen und Vorstellungen auf diesem Gebiete, falls Sie dazu Anlaß finden, nicht zurückzuhalten.

Das einzige Bemerkenswerthe an diesem Erlass ist, daß gerade der "Vorwärts" dieses Schriftstück erhalten und mittheilen konnte. Den Inhalt seiner Ermahnungen an die Regierungspräsidenten darf Graf Eulenburg ruhig an die Deffentlichkeit treten lassen; es ist nichts darin, was irgendwie kompromittrend wirken könnte, sei es nach der persönlichen Seite hin, sei es als Engagement von Regierungsgrundsätzen und Verwaltungspraktiken. Das Ganze sieht sich als gut gemeinte Stilsübung, und die Enttäuschung wäre groß, wenn man überhaupt etwas erwartet hätte. Alles, was Graf Eulenburg seinen Untergebenen einschärfst, ist bis zur Ermündung von den verschiedensten Seiten her wiederholt worden, ohne gefruchtet zu haben. Es wird auch jetzt nichts helfen, und man wird es der Sozialdemokratie nicht verdenken können, wenn sie ihren Mut durch die unumwundene Anerkennung ihres Wachstums und namentlich durch die Schwächlichkeit der empfohlenen Abwehrmittel neu beschwingt fühlt.

Graf Eulenburg redet der Gegenagitation in Werkstätten und auf Arbeitsplätzen durch besonders dazu geeignete Arbeiter das Wort. Das ließe sich hören, wenn nicht auch dies schon häufig versucht und mißlungen wäre. Wir erinnern an das Aufgebot der "Königstreuen" Arbeiter in Breslau, mit dem man dem Kaiser bei seinem ersten dortigen Besuche gekommen war. Aber wo hat der Nutzen gesteckt? Die Breslauer Sozialdemokratie ist leider nicht zurückgegangen, sondern seitdem erst recht gewachsen. Wir erinnern weiter an den Eisenbahnarbeiter Bahn hier in Posen, der im Frühjahr 1892 eine Art von Dankkundgebung seiner Genossen an die Adresse des Eisenbahministers oder der Staatsregierung veranstaltete. Der "Vorwärts" spöttelte damals über diesen "Zahn der Zeit", über diesen „plombierten Zahn“ und wie sonst die naheliegenden Wortspiele erlangen. So unrecht hat das sozialdemokratische Blatt nicht damit gehabt; der Erfolg war auch hier mehr als vergänglich, flüchtig wie ein Rauchwölkchen. Gerade die Lohnverhältnisse der Arbeiter im Staatsbetriebe und die dürftigen Gehälter der Unterbeamten in allen Gebieten der Staatsverwaltung haben Schuld daran, daß das Vertrauen des Grafen Eulenburg auf die Mitwirkung dieser Kategorien bei der Bekämpfung der sozialdemokratischen Irrlehren immer wieder vergeblich sein wird.

Es sind nicht Zufälligkeiten, daß der "Vorwärts" alle geheimen Aktenstücke, die zur Vernichtung seiner Partei dienen sollen, mit einer Promptheit veröffentlichten, als müsse das so sein. Man kann nicht einmal sagen, daß es immer nur einzelne pflichtiggetreue Unterbeamte seien, denen hier der Verschulden zufalle, sondern der Gang macht ganz den Eindruck, als würden statt des Einen, der die Untreue begeht, zehn und mehr Andere ebenso dazu bereit sein, wenn jener Einer es nicht wollte oder könnte. So sitzen denn also die Unzufriedenen mitten im Schloss der Beamenschaft, die zur Bekämpfung des Nebels aufgefordert wird. So war es bei den Militärerlassen, so bei verschiedenen vertraulichen Erlassen der Bergbehörden, so jetzt beim Erlass des Ministers des Innern.

Ein Punkt an dem Schriftstück verdient besondere Aufmerksamkeit. Graf Eulenburg erklärt, daß sich mit den staatlichen Machtmitteln allein, deren Anwendung über die vielfach gesetzlich beschränkt ist, die Sozialdemokratie mit Erfolg nicht bekämpfen lasse. Soll das vielleicht heißen, daß Graf Eulenburg eine Erweiterung der "gesetzlich beschränkten" Machtmittel durch die Rückkehr zum Sozialistengesetz wünscht? Man braucht es nicht herauszuleSEN, aber es wird nicht an Leuten fehlen, denen es so paßt, es hineinzulesen.

Deutschland.

Berlin, 29. Nov. [Zu den Attentaten.] Die Veröffentlichung des Mordanschlags auf den Kaiser dürfte kaum in den Wünschen des Monarchen gelegen haben. Mindestens wird Alles gethan, um den sensationellen Eindruck dieser Nachricht abzuschwächen. Der Mittel dazu bieten sich mehrere dar. So ist bezeichnend, wie der "Reichsanzeiger" von der Sache Notiz nimmt. Er bringt die Darstellung der "R. A. B." in Petitschrift, auf der vierten Seite, unter der Rubrik "Mannigfaltiges". Voran geht eine vier Zeilen lange Besprechung der Gründung des Raimund-Theaters in Wien, und hinterher folgt eine kurze Notiz über die Kinderheilstätte in Salzungen. Man er sieht daraus, und man hört es von unterrichteter Seite bestätigen, daß an der höchsten Stelle verlangt wird, es möge möglichst unauffällig über die Angelegenheit hinweggegangen werden. Tatsächlich ist bisher über die Einzelheiten des Anschlags auf den Kaiser nichts Wesentliches zu erfahren gewesen. In Potsdam gibt es eine Filiale der politischen Polizei, und diese erklärt auf Befragungen, daß sie garnichts wisse. Natürlich heißt das, da sie nichts wissen wollen und solle. Der Büchsenmacher

Förster, der die für den Reichskanzler bestimmte Höllenmaschine untersucht hat, schweigt darüber, ob er eine zweite Maschine zu untersuchen hatte. Es ist sehr gut möglich, daß die Geheimhaltung der Details mit zu dem Zwecke angeordnet ist, die Untersuchung besser zu fördern. So viel sichert durch, daß der Verkehr zwischen der hiesigen und der Pariser Polizei direkt vor sich geht. Die von Paris her verbreitete Vermuthung, daß die Absender der Pakete deutlich Anarchisten seien, begegnet hier Zweifeln, zu deren Begründung auf das gute Französisch des Briefes an den Reichskanzler hingewiesen wird. Ferner erscheint es bemerkenswerth, daß die angegebene Straße "Boutlong" unverfälschtes Argot ist, dessen Kenntniß einem Deutschen, auch wenn er schon einige Zeit in Frankreich gelebt hat, kaum zuzutrauen wäre. Wir können die Bedeutung des natürlich erdichteten Straßennamens hier nicht aussetzen; indessen sei gesagt, daß man es hier mit einem krassen Chynismus, mit einem Prapismus, zu thun hat. Amüsant ist es, daß die Berliner Anarchisten sich auch schon zum Worte gemeldet haben. Diese harmlose Gesellschaft, die sich wirklich nicht zu entschuldigen braucht, weil Niemand Böses von ihr erwartet, hatte sich gestern Abend zusammengefunden und über die Attentate geredet. Dabei erklärten alle Redner übereinstimmend, daß unmöglich ein Anarchist der Thäter sein könne; weder der Kaiser noch der Reichskanzler hätten von den Anarchisten etwas zu fürchten. Von den Berliner Narren dieser Richtung allerdings nichts. Das glaubt man den Leuten auch ohne ihre Belehrungen.

* München, 29. Nov. [Kammer der Abgeordneten.] Der Nachtragsetat zum Militäretat pro 1892/93 wurde genehmigt und die Beratung des Militäretats pro 1893/94 begonnen. Der Kriegsminister erklärte, die Pensionierung der im Avancement übergegangenen Offiziere sei wegen Aufrechthaltung der Autorität unvermeidlich, die Abnahme des Verlehrts des Offizierstandes mit den Bürgern infolge Gründung von Offizierskasinos sei keineswegs nachzuweisen.

Aus dem Gerichtssaal.

n. Posen, 29. Nov. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Strafkammer hatte sich der Arbeiter Melchior Boldak aus Rusiborow wegen Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte wird beschuldigt, dem Stuckaturgehilfen Wladislau Burawski eine Uhr und 6 Mark gestohlen zu haben. Das Gericht verurteilte ihn dafür zu einem Jahre Buchthaus. — Am 8. April d. J. wurde der Gattwirth Lukas Nowaczyk aus Bablik von dem hiesigen Schöffengericht in der Strafsache gegen den Wirth Nikolaus aus Zapury als Zeuge vernommen. Nach Leistung des Zeugeneides hatte Nowaczyk befürwortet, daß er den damaligen Angeklagten Nikolaus mit einem Vorlegeschloß nicht geschlagen hätte. Diese Aussage soll nun der Wahrheit nicht entsprechen, es wurde deshalb gegen Nowaczyk Anklage wegen fahrlässigen Meinungsfeinds erhoben. Auch in der heutigen Verhandlung bleibt der Angeklagte dabei, daß er den Nikolaus mit einem Schloß nicht geschlagen habe. Die Verhandlung endete, nachdem zehn Zeugen vernommen waren, mit der Freisprechung des Angeklagten von Strafe und Kosten.

Notables.

Posen, 30. November.

* Der Major Lentwitt, der im Auftrage des auswärtigen Amts nach Südwestafrika gehen soll, steht als aggregirter Major beim Inf.-Regt. Graf Kirchbach (1. Niederschl.) Nr. 46 herabst. Er war, wie die "Voß. Ztg." erfährt, ursprünglich in badischen Militärdiensten, in denen er im Oktober 1869 Offizier wurde. Den Krieg gegen Frankreich machte er beim 5. badischen Inf.-Regt. mit und blieb dann, als die badischen Truppen in den Verbund der preußischen Armee übertraten, bei diesem Regiment (Nr. 113) in Tielburg. 1877 wurde er Premierleutnant und befuhrte als solcher die Kriegsschule. Im Januar 1884 zum Hauptmann befördert, blieb er bis 1887 Kompaniechef beim 113. Regt., um dann unter Stellung à la suite des Regiments als Lehrer zur Kriegsschule in Neisse kommandiert zu werden; 1890 trat er, nachdem er schon vorher à la suite des 48. Regiments gestellt war, als Lehrer zur Kriegsschule in Hersfeld über. Im folgenden Jahre kam er als Kompaniechef in das 46. Inf.-Regt. und wurde am 27. Januar d. J. aggregirter Major.

Aus der Provinz Posen.

Schneidemühl, 29. Nov. [Über den Erfolg der Arbeiten an dem Unglücksbrunnen] ist nach dem "Reichsanzeiger", wie schon in Kürze gemeldet, dem Ober-Berghauptmann Freund von dem Vorsitzenden der Baudeputation folgendes Schreiben zugegangen:

Schneidemühl, 28. Nov. Euer Hochwohlgeboren erlaube ich mir den kurzen Bericht zu erstatten, daß schon nach Aufschüttung von nicht ganz 1,5 m über dem Terrain die Quellen des alten Brunnenloches ganz versiegten. Es soll jedoch mit der Höherführung des Regels, zunächst in dem Umfang des alten Voches (7 m) weiter fortgeschritten und dann die Situation beobachtet werden. Füllerde wird in der Nähe der Verwendungsstelle stets bereit gehalten werden.

In dem Sommerfeldschen Keller, der dem Heilwischen — für den Sie die Zuflutung und den Mauerbruch anordneten — an der anderen Straßenseite gegenüberliegt und von dem Brunnenloche etwa 10 Meter entfernt ist, stand heute etwa 13" Wasser. Wir haben das Wasser in seiner ganzen Höhe genau messen lassen, damit, wenn es morgen gestiegen sein sollte, auch dieser Keller zuschütten werden soll oder kann. Vorläufig vermute ich, daß es schon vorhanden geweines Grundwasser ist, das sich durch das Regenwetter in den letzten Tagen um einige Zoll vermehrt hat. Mein Bericht wird deshalb morgen darüber weiteren Aufschluß und hoffentlich einen guten geben können. Hochachtungsvoll Radecker.

Der "Reichsanzeiger" bemerkt hierzu: Der Erfolg der Arbeiten ist hiernach als ein vollkommener anzusehen; dem Auftreten des Wassers in dem Keller des Sommerfeldschen Hauses ist keine Bedeutung beizulegen. Sollte es auch Drängwasser aus dem Brunnenloch sein, so wird es durch Zuschüttung beseitigt werden.

V. Frankfurt, 27. Nov. [Martini-Durchschnitts-Marktpreise. Statistisches Jahrmarkt. Haushalt. Bebauung Berechnung und Feststellung der Geldrenten in Regulierungs-, Ablösungs- und Gemeinheits-Theilungsbuchhaltung am 6., 9., 13. und 16. d. Monat auf dem hiesigen Wochen-

markt in Gemäßheit des § 20 des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 die Aufnahme der sogenannten Martini-Marktpreise statt. Für 100 Kilogramm wurden durchschnittlich gezahlt und zwar: Weizen, gut 14,43 M., mittel 14,20 M., gering 13,78 M., Roggen, gut 12,10 M., mittel 12,00 M., gering 11,90 M., Gerste, gut 15,35 M., mittel 15,00 M., gering 14,00 M., Hafer, gut 15,63 M., mittel 15,45 M., gering 15,13 M., Erbien, gewöhnliche gelbe 17,13 M., Kartoffeln 2,50 M., Heu 6,63 M., Stroh 4,25 M. Der Martini-Durchschnitts-Marktpreis beträgt hiernach für 100 Kilogr. Weizen 14,13 M., Roggen 12,00 M., Gerste 14,78 M., Hafer 15,40 M., Erbien 17,13 M., Kartoffeln 2,50 M., Heu 6,63 M. und Stroh 4,25 M. Der Martini-Durchschnitts-Marktpreis ist für den Neuschaffel Weizen auf 6,15 M., Roggen auf 5,05 M., Gerste auf 5,23 M., Hafer auf 4,60 M., Erbien auf 2,97 M., Kartoffeln auf 1,14 M. berechnet worden. Das Durchschnittsgewicht des Neuschaffels betrug beim Weizen, gut 44,88 Kilogr., mittel 43,38 Kilogramm, gering 42,25 Kilogr., beim Roggen, gut 43,75 Kilogr., mittel 42,25 Kilogr., gering 40,25 Kilogr., bei der Gerste, gut 37,13 Kilogr., mittel 35,50 Kilogr., gering 33,50 Kilogr., beim Hafer, gut 33,75 Kilogr., mittel 29,13 Kilogr., gering 26,63 Kilogr.

In dieser Stadt wurden im Laufe der jetzt verflossenen drei Monate 53 Kinder geboren und zwar im Monat August 11, im Monat September 23 und im Monat Oktober 19. Davon waren ehelich 20 männliche und 26 weibliche, unehelich 3 männliche und 4 weibliche. Gestorben sind 46 Personen und zwar im Monat August 20, im Monat September 13 und im Monat Oktober 13 Personen. Davon waren 18 männliche und 33 weibliche. Kinder im ersten Lebensjahr starben 10, ehelich 3 männliche und 4 weibliche, unehelich 3 weibliche. Im Alter bis zu 5 Jahren starben 6 Personen, bis 15 Jahre 1, bis 40 Jahre 6, bis 50 Jahre 2, bis 70 Jahre 12 und über 70 Jahre 9 Personen. — An Stelle des in der Stadt Naschkow, Kreis Abelau, seiner Zeit wegen der Choleragefahr aufgehobenen Jahrmarkts ist die Abhaltung eines solchen am 12. Dezember d. J. genehmigt worden. — Mit Genehmigung des Kaisers hat der Oberpräsident die Einführung einer Haustolle in der Provinz Bojen zu Gunsten des Bojener Provinzial-Vereins gegen die Wanderbettelei und seiner Arbeitersiedlung Alt-Pakla, im Kreise Illebne bewilligt. Die Kollekte im Vorjahr hat einen Ertrag von rund 10 000 M. ergeben.

Telegraphische Nachrichten.

Glensburg, 29. Nov. Die Molensenkung wurde verursacht durch den plötzlich eingetretenen äußerst niedrigen Wasserstand, nachdem das letzte starke Hochwasser das Bollwerk unterwassern hatte. Die Senkung erstreckt sich auf etwa 120 Meter und beträgt zur Hälfte bis 4 Meter Tiefe. Auch von der Straße sind 5 Meter gesunken. Der verursachte Schaden ist noch nicht zu übersehen, da eine weitere Senkung befürchtet wird.

Köln, 29. Nov. Wie die "Köln. Ztg." meldet, ist der Dampfer "Colonia" auf der Fahrt von London nach Köln in vergangener Nacht in der Nordsee infolge Zusammenstoßes gesunken. Die Mannschaft wurde gerettet.

Wien, 28. Nov. Das Raimund-Theater wurde heute mit der Vorstellung des Raimund'schen Dramas "Die gefesselte Phantasie" feierlich eröffnet. Die Vorstellung wurde mit großem Erfolg aufgenommen.

Wien, 29. Nov. Der Ausnahmsausschuß genehmigte mit 12 gegen 6 Stimmen die Ausnahmsverordnung für Prag und Umgebung. Dagegen stimmten 3 Tschechen, 2 Südslaven und 1 Deutschnationaler. — Im böhmischen Ausnahmsausschuß erklärte der Minister des Innern, Marquis Bacquehem, die Regierung übernehme die Verantwortung für den Ausnahmszustand und sei bereit, die Vorlage im Ausschuß und im Plenum zu vertreten.

Mailand, 29. Nov. Diese Nacht fand beim Bahnhofe Limoto, 11 Kilometer von Mailand auf der Treviglio-Linte ein Zusammenstoß statt. Als einige Minuten vor Mitternacht der Zug Nr. 25 mit verminderter Geschwindigkeit über den Bahnhof Limoto hinauf fuhr, prallte er mit dem mit einer Verzögerung von 45 Minuten von Verona kommenden Güterzuge Nr. 1122 heftig zusammen. Beide Lokomotiven wurden zertrümmt, zwei Wagen des Zuges 25 umgeworfen und zerquetscht. Der Postwagen wurde umgeworfen, blieb aber unversehrt. Ein einziger Wagen des Güterzuges wurde zertrümmt. Wächter, Gendarmen, Feuerwehrleute der Gemeinde Bionello und das Bahnpersonal arbeiteten an der Rettung der Verunglückten. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt. Bis heute früh 8 Uhr waren 13 Leichen unter den Trümmern hervorgeholt. Der Duätor, Offiziere und Militärärzte begaben sich an den Ort des Unglücks. Ungefähr 20 Verwundete sind in die Krankenhäuser von Mailand gebracht worden. Man hält für die Ursache des Unglücks, daß der Zug 25 wegen des dichten Nebels nicht bemerkte, daß die Signalscheibe geschlossen war.

Paris, 29. Nov. Spuler hatte heute Nachmittag mit mehreren politischen Persönlichkeiten Befreiungen, insbesondere mit Burdeau, Raynal und Etienne.

Brüssel, 29. Nov. Die belgische Antislaverei-Gesellschaft empfing Nachrichten von der Expedition des Kapitäns Descamps, welcher in einem Schreiben vom 2. September mitteilt, daß er auf seiner Reise von Muenzo nach Karongo mit dem Major von Wissmann zusammen traf, welcher mit 4 Begleitern vom Tanganika kam und mit ihm bis Karongo reiste. Major v. Wissmann befand sich vollkommen wohl.

Madrid, 29. Nov. General Martinez Campos, welcher gestern in Melilla eintraf, wurde von der Armee und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. — Gestern sind in Tenerifa 60 Erkrankungen und 10 Todesfälle an Cholera vorgekommen.

London, 29. Nov. Einer Meldung der "Times" aus Philadelphia zufolge, drohe die Opposition mit einer mehrmonatlichen Agitation gegen den Tarifentwurf. Der Senat werde wahrscheinlich die Erörterung dieser Maßregel bis zu den Wahlen im nächsten November hinziehen.

London, 29. Nov. Dem "Neuter'schen Bureau" wird aus Teheran unter dem 29. d. Monat über die Einzelheiten des Erdbebens in Kuchan gemeldet: Der erste Stoß ereignete sich am 17. d. Monat. Abends 7½ Uhr und zerstörte die Stadt und sämtliche in einem Umkreis von 7 Meilen liegenden Dörfer vollständig; die amtlichen Berichte beziffern die Verluste auf drei Fünftel der 20 000 Seelen betragenden Gesamtteilwohnschaft. Die Erdbeben dauerten bis zum 24. d. Monat. Ein am 23. herrschendes Unwetter verschlimmerte die Not der im Freien kampierenden Bewohner bedeutend.

Konstantinopel, 28. Nov. Es erkranken bzw. starben an der Cholera von Freitag Abend bis Sonntag 85 bzw. 30 Personen. Die fünfjährige Quarantäne, welche bisher für kontinentale Provinzen in Moustapha Pacha und Blaufeste bestand, ist auf Desinfektion und 24 stündige Beobachtung herabgesetzt worden.

Sofia, 29. Nov. Prinz Ferdinand von Bulgarien hat ange-

ordnet, daß das erste Infanterie-Regiment für immerwährende Belohnen den Namen "Alexander I." führen soll.

Washington, 28. Nov. Das Kabinett hat in einer dreistündigen Sitzung die Botschaft beraten. Präsident Cleveland bestätigt, daß umfangreiche Schriftstücke nächsten Montag dem Kongress zugehen zu lassen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der Voß. Ztg.
Berlin, 30. November, Morgen.

Die Morgenblätter melden aus Kowno: Die deutsche Kirche in Krosche sollte auf Befehl der Regierung geschlossen werden. Die Gläubigen widerstehen sich dem. Unter Anführung des Gouverneurs Klingenberg drangen Nachts Truppen in die Kirche, tödeten 20 und verletzten über 100 Personen. Viele ersilten bei der Verfolgung in dem nahen Memel-Fluß den Tod.

Aus Paris wird gemeldet: Spuler übernahm gestern Abend die Aufgabe ein Kabinet zu bilden. Er versicherte sich dabei der Zustimmung Raynals und Bourdeaus, die Portefeuilles des Inneren beziehungsweise der Finanzen zu übernehmen. Spuler will heute weitere Schritte zur Vollständigung der Ministerliste thun.

Aus Marsaille wird gemeldet: Bei der Haussuchung in der Wohnung eines verdächtigen Individuums wurde ein 20 Meter langer unterirdischer Gang entdeckt, in welchem die Polizei Pulver und Mineralien zur Bereitung von Dynamit, Tuben und Blechbüchsen vorfand. 3 Personen wurden verhaftet.

Marktberichte.

Marktpreise zu Breslau am 29. November.

Feststellungen der städtischen Markt- notrungs-Kommission.	Höch- ster M. Pf.	Mittlere Höch- ster M. Pf.	gering. Höch- ster M. Pf.	Ware
Weizen, weißer	14 10	13 90	13 60	12 50 12 —
Weizen, gelber	pro	13 80	13 50	12 20 12 5 12 —
Roggen . . .	100	12 70	12 49	12 20 11 70 11 49
Gerste . . .		15 80	15 20	14 — 12 50 11 —
Hafer . . .	Mit	15 90	15 50	14 80 14 20 14 — 13 70
Erbien . . .		16 —	15 —	14 50 14 — 13 — 12 —

Breslau, 29. Nov. (Amtlicher Produktentwicklungs-Bericht)

Roggen p. 1000 Kilo — Gefündigt — Br. abgelängte Ründungsschelne — p. Nov. 126,00 Gd. Hafer p. 1000 Kilo — Gefündigt — Br. p. Nov. 157,00 Gd. Rüböl p. 100 Kilo — Gefündigt — Br. p. Nov. 48,00 Br. April-Mai 48,00 Br. 81. Ginkl. Ohne Umfaß.

Die Börsennotizen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm: 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
29. Nachm. 2	756,0	SW stark	befried	+ 9,1
29. Abends 9	758,2	SW stark	befried	+ 8,1
30. Morn. 7	756,6	SW mäßig	befried	+ 6,1
¹) Den Tag über starker Nebel.				
Am 29. Nov.	Wärme-Maximum +9,2° Cels.			
Am 29.	Wärme-Minimum +1,8°			

Wasserstand der Warte.

Posen, am 2

Oberschles. Portland-Bement 83,00. Schles. Bement 133,00. Oppeln, Bement 99,50. Kramna 128,75. Schles. Blaufläten —. Laura-hütte 101,75. Verein. Oelsfabr. 86,50. Österreich. Banknoten 163,95. Russ. Banknoten 214,10. Giebel Bement 87,00. 4proz. Ungarische Kronenarie 91,00. Breslauer elektrische Straßenbahn 118,00.

Frankfurt a. M., 29. Nov. (Effekten-Sortetät.) (Schluß) Österreich. Kreditkassen 278,1%. Franzosen 250,1%. Lombarden 88,1%. Ungar. Goldrente —. Gotthardbahn 150,90. Diskonto-Kommandit 177,70. Dresdner Bank 31,20. Berliner Handelsgesellschaft 127,00. Bochumer Gußstahl 110,80. Dortmunder Unto. —. Gelsenkirchen 140,10. Harpener Bergwerke 127,80. Höll 108,50. Laurahütte 101,80. 4proz. Portugiesen 18,90. Städtebahnen Mittelmeerbahn 85,80. Schweizer Centralbahn 113,50. Schweizer Nordostbahn 100,30. Schweizer Union 75,20. Städtebahnen Meridian 16,50. Schweizer Simplonbahn 54,00. Nordb. Lloyd —. Mexikaner 67,70. Italiener —. Still.

Hamburg, 29. Nov. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörsche.) Kreditkassen 278,80. Lombarden 212,50. Diskonto-Kommandit 170,70. Russische Noten 214,0. Nordb. Lloyd —. Städtebahnen 80,30. Deutsche Bank —. Laurahütte —. Packtfahrt 95,00. Dresdner Bank —. Dortmunder —. Dynamit Trust —. Fest.

Paris, 29. Nov. (Schlußkurse.) Fest.

4proz. amortis. Rente —. 4proz. Rente 99,12%. Italiener 81,55. 4proz. ungar. Goldrente 95,31. III. Orient-Anleihe 68,05. 4proz. Russen 1889 100,30. 4prozent. unif. Egypten 102,50. 4proz. span. d. Anleihe 60. Lomb. Türk. 22,42%. Türk. Loose 90,10. 4prozentige Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 466,00. Franzosen 645,00. Lombarden 222,50. Banque Ottomane 591,00. Banque de Paris 641,00. Banq. d'Escompte 60,00. Rio Tinto & 375,00. Suezkanal-A. 2740,00. Cred. Lyonn. 767,00. B. de France 98,25. v. Mat 96,75. Kaum behauptet.

Havre, 29. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. Dez. 100,50, per März 110,50. v. Mat 96,75.

Havre, 29. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basse.

Rio 5000 Sac. Santos 10 000 Sac. Reisetze für gestern.

Antwerpen, 29. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loto 11%, bez. und Br., per Nov. 11%, Br. Jan. — Br. per Jan.-März 11% Br. Fest.

Amsterdam, 29. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, v. Nov. 148, v. März 154, pr. Mat 156. Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine unveränd., v. März 110, per Mat 110. Rübbel loto 24%, per Dez. 23%, per Mat 24%.

Amsterdam, 29. Nov. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 29. Nov. Vancazium 47%.

London, 29. Nov. An der Küste 14 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Trübe.

London, 29. Nov. Chilli-Kupfer 42%, p. 3 Monat 43%.

Glasgow, 29. Nov. Nobellsen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 lb. — b.

Leith, 29. Nov. [Getreidemarkt.] Markt bleibt flau bei wenigen Veränderungen nach jeder Richtung.

Liverpool, 29. Nov. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen.

Sietig.

Widol. amerikan. Lieferungen: November-Dezember 4%.

Käuferkreis, Dezember-Januar 4%, Käuferpreis, Januar-Febr. 4%. Käuferpreis, Februar-März 4% do. März-April 4% Käuferpreis, April-Mat 4% Käuferpreis, Mai-Juni 4% do.

Juli-Aug. 4% Käuferpreis.

Newyork, 28. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8%, do. in New-Orleans 7%. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 5,65, do. Petroleum certificates, per Dez. 75. Schmalz Western steam 8,8%, do. Rohe u. Brothers 9,25. Mais p. Nov. 44%, p. Dezbr. 44%, p. Jan. 44%, do. Röthen Winterweizen 68%, do. Weizen p. Nov. 67%, do. Weizen p. Dezember 67%, do. Weizen per Januar 68%, do. Weizen p. Mat 73%. — Gerrelebrach nach Überpool 3. — Kaffee fikt. Rio Nr. 7 18, do. Rio Nr. 7 p. Dezember 16,22. do. Rio Nr. 7 p. Februar 15,72. — Mehl Spring clears 2,25. — Buder 2%. — Kupfer low 10,25.

Chicago, 28. Nov. Weizen per November 61%, per Dezbr. 62. Weiz. per November 35%. — Spec short clear nom. Pork per November 12,60.

Spec. Ruhig. Short clear middl. Nov.-Abladung 43%. Dezember-Jan.-Abladung 40.

Wolle. Umsatz: 115 Ballen.

Tabak. Umsatz: 62 Fab. Kentucky, 117 Bicken St. Louis.

Hamburg, 29. Nov. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rubenzucker I. Produkt Bars 88 v.C. Rendement neue Ware, frei an Bord Hamburg per Nov. 12,42%, per Dez. 12,42%, v. März 12,75, per Mai 12,92%, Ruhig.

Hamburg, 29. Nov. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per Novbr. —, per Dezember 80%, per März 79%, per Mat 78. Ruhig.

Paris, 29. Nov. (Schluß.) Rubenzucker träge, 88 Proz. loko 34,50. Weiz. Butter träge, Nr. 8 per 100 Kilogramm per November 36,25, per Dezbr. 36,25, per Jan.-April 36,50, per März-Juni 37,7%.

Paris, 29. Nov. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen haupt. v. November 20,10, per Dezember 20,20, per Januar-April 20,70, v. März-Juni 20,90. — Roggen ruhig, per Novbr. 14,20, per März-Juni 14,70. — Mehl ruhig, per November 42,90, per Dezember 42,90, per Jan.-April 43,60, per März-Juni 44,10. — Rübbel ruhig, per November 54,00, per Dezember 54,00, per Januar-April 54,25, per März-Juni 54,25. — Spiritus ruhig, per November 35,50, per Dezbr. 35,75, per Jan.-April 36,50, p. Mat-August 37,25. — Wetter: Belegt.

Havre, 29. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. Dez. 100,50, per März 98,25. v. Mat 96,75.

Havre, 29. Nov. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basse.

Rio 5000 Sac. Santos 10 000 Sac. Reisetze für gestern.

Antwerpen, 29. Nov. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loto 11%, bez. und Br., per Nov. 11%, Br. Jan. — Br. per Jan.-März 11% Br. Fest.

Amsterdam, 29. Nov. Getreidemarkt. Weizen auf Termine niedriger, v. Nov. 148, v. März 154, pr. Mat 156. Roggen loko geschäftlos, do. auf Termine unveränd., v. März 110, per Mat 110. Rübbel loto 24%, per Dez. 23%, per Mat 24%.

Amsterdam, 29. Nov. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 29. Nov. Vancazium 47%.

London, 29. Nov. An der Küste 14 Weizenladungen angeboten.

Wetter: Trübe.

London, 29. Nov. Chilli-Kupfer 42%, p. 3 Monat 43%.

Glasgow, 29. Nov. Nobellsen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 lb. — b.

Leith, 29. Nov. [Getreidemarkt.] Markt bleibt flau bei wenigen Veränderungen nach jeder Richtung.

Liverpool, 29. Nov. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle.

Umsatz 12 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 1000 Ballen.

Sietig.

Widol. amerikan. Lieferungen: November-Dezember 4%.

Käuferkreis, Dezember-Januar 4%, Käuferpreis, Januar-Febr. 4%. Käuferpreis, Februar-März 4% do. März-April 4% Käuferpreis, April-Mat 4% Käuferpreis, Mai-Juni 4% do.

Juli-Aug. 4% Käuferpreis.

Newyork, 28. Nov. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8%, do. in New-Orleans 7%. Petroleum träge, do. in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do. rohes 5,65, do. Petroleum certificates, per Dez. 75. Schmalz Western steam 8,8%, do. Rohe u. Brothers 9,25. Mais p. Nov. 44%, p. Dezbr. 44%, p. Jan. 44%, do. Röthen Winterweizen 68%, do. Weizen p. Nov. 67%, do. Weizen p. Dezember 67%, do. Weizen per Januar 68%, do. Weizen p. Mat 73%. — Gerrelebrach nach Überpool 3. — Kaffee fikt. Rio Nr. 7 18, do. Rio Nr. 7 p. Dezember 16,22. do. Rio Nr. 7 p. Februar 15,72. — Mehl Spring clears 2,25. — Buder 2%. — Kupfer low 10,25.

Chicago, 28. Nov. Weizen per November 61%, per Dezbr. 62. Weiz. per November 35%. — Spec short clear nom. Pork per November 12,60.

Rio de Janeiro, 28. Nov. Wechsel auf London 10%.

Bremen, 29. Nov. (Börzen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumsbörse.) Taxizoll-frei. Fest. Loko 4,90 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middling, loko 41% Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Termintieferung p. Nov. 41 Pf., p. Dez. 41 Pf., p. Jan. 41% Pf., p. Febr. 41% Pf., p. März 41% Pf., p. April 41% Pf.

Schmalz. Ruhig. Shafer —. Pig., Wilcox —. Pig. Choice Grocer —. Pi. Armour shield 46% Pf., Cudahy —. Pi. Hohe u. Brother (pure) 46% Pf., Fairbanks 40 Pf.

Feste Umrechnung: 1 [Livre Sterling = 20 M. | Rubel = 3,20 M. | Gulden österr. W. = 2 M. | 7 Gulden südd. W. = 12 M. | 1 Gulden holl. W. = 1 M. | 70 Pf. | France oder | Lira oder | Peseta = 40 Pf.

Diskonto-Bank Wechs.v. 29. Nov.

Berlin.5. Lombard5%-6. Privatd. 4% do.

Geld, Banknoten u. Coupons

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche. R.-Anl. 4

do. do. 3 1/2

Prss. cons.Anl. 4

do. do. 3 1/2

doScrips.int. 4

Sts.-Anl. 1868 4

do. do. 3 1/2

Sts.-Schld.-Sch. 3 1/2

Berl-Stadt.Obl. 3 1/2

do. do. 3 1/2

Ctrl.Ldsch 4

do. do. 3 1/2

Kur.u.Neu.mrk.neue 3 1/2

Anl.-Scheine 5

Berliner. 5

do. do. 3 1/2

Ostpreuss. 3 1/2

Pomm. 4

do. do. 3 1/2

Posensch. 4

do. do. 3 1/2

Schlsches. 4

do. do. 3 1/2

Bad. Eisenb.-A. 4

Bayer. Anleihe 3

Brem. A. 1892 3 1/2

Hmb. Sts.-Rent. 3 1/2

do. do. 1886 3

do. amort. Anl. 3 1/2

Sächs. Sts.-Anl. 3 1/2

do. Staats-Anl. 3 1/2

Prss.Prä.-Anl. 3 1/2

H. P.-Sch.-G.R.T. 3 1/2

Bad. Prä.-Anl. 4

do. 140,90 br.

Ergebnisse 20.T.L. —

Cöln-M. Pr.-A. 3 1/2

Doess. Präm.-A. 3 1/2

Paris. 3 1/2

Löb. 3 1/2

Meln.-Guld. 2

Oldenb. Loose 3

Amsterdam... 5

London.... 3

Paris..... 2 1/2

Paris..... 2 1/2

Paris..... 2 1/2